



Forderungen harren noch der Umsetzung

Drei Jahre nach dem Auffliegen der Neonazi-Terrorgruppe NSU bleibt viel zu tun

Als am 4. November 2011 mit dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt die Existenz der neonazistischen Terrorgruppe NSU öffentlich bekannt wurde, waren sich Verantwortliche von Sicherheitsbehörden und Politiker auf allen Ebenen einig, dass niemals mehr die Gefahr von rechts unterschätzt werden dürfe. Alle seien aufgefordert, besonders aufmerksam zu verfolgen, was da im Umfeld von NPD, freien Kameradschaften und neurechten Vereinen und Verbänden vor sich geht.

Drei Jahre später reiben sich alle diese Politiker und Sicherheitsbehörden verwundert die Augen, wenn in Köln fast 5.000 gewaltbereite Neonazis unter dem Label der Hooliganszene gegen Muslime im Besonderen und „Ausländer“ im Allgemeinen hetzen. Dabei ist seit langem bekannt, dass sich in den Fußballfanszenen bundesweit Nazis tummeln und dabei nicht selten von den Vereinen noch vor antirassistischen Faninitiativen in Schutz genommen werden. Auch hier gilt: Wer sehen wollte, den konnte diese Entwicklung nicht wirklich überraschen.

Drei Jahre nach dem Auffliegen des NSU ist es also immer noch nicht selbstverständlich, dass rassistische, antisemitische und neonazistische Aktivitäten staatlicherseits frühzeitig erkannt und energisch bekämpft werden.

Von den vor anderthalb Jahren durch

den Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU gegebenen 70 Empfehlungen ist bislang keine in reale Politik umgesetzt worden. Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdienst im Bereich „Extremismus“ durch das „Gemeinsame Abwehrzentrum“ bedenklich ausgeweitet worden. Mehr Macht und mehr Zugriff auf Daten also für den Verfassungsschutz, die Institution, die maßgeblich verantwortlich für die Verharmlosung und indirekte Förderung neonazistischer Strukturen war und ist.

Zu neuem Ausschuss bekannt

In Thüringen hat sich bislang ebenfalls relativ wenig getan. Die Forderungen des Thüringer Ausschusses, der im September seinen Bericht vorlegte, harren noch der Umsetzung. Allerdings sind sie zumindest in Teilen bereits Bestandteil der Sondierungsverhandlungen von LINKEN, GRÜNEN und SPD gewesen. Alle drei haben sich zur Errichtung eines würdigen Gedenkortes, der Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Phänomen des Rassismus sowie zur Neueinsetzung eines Untersuchungsausschusses bekannt.

Vor allem das erscheint dringend erforderlich, sind doch zum NSU-Komplex selbst trotz zahlreicher Untersuchungsausschüsse, journalistischer Recherche und eines Mammutprozesses vor dem Oberlandesgericht München immer noch viele – und zum Teil zentrale – Fragen offen. Unklar ist so

zum Beispiel immer noch, wie viel staatliche Stellen tatsächlich wussten oder ob der NSU tatsächlich nur aus Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bestand.

Wichtige Fragen unbeantwortet

Für Thüringen stellen sich neben den Ereignissen am 4.11.2011 in Eisenach auch immer noch Fragen nach dem Unterstützernetzwerk der Untergetauchten und der Organisation dieser Unterstützung sowie nach den Verbindungen zwischen Teilen dieses Unterstützernetzwerks und der organisierten Kriminalität.

Dass in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen ebenfalls Ausschüsse arbeiten oder ihre Arbeit aufnehmen werden, macht Hoffnung, dass zumindest im Bereich der Aufklärung im vierten Jahr nach Auffliegen des NSU kein Schlussstrich gezogen wird. Vielleicht kann zum fünften Jahrestag ja auch ein Umdenken staatlicherseits im Umgang mit rechten und nazistischen Phänomenen und eine konsequente Umsetzung der vielen guten Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern konstatiert werden. Es wäre an der Zeit.

Steffen Trostorff

(unser Autor war wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags)

KOMMENTIERT:

von Diana Glöckner

Anschlag auf Fahrzeug von LINKE-Politikern

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wurden die Reifen eines Fahrzeugs der Thüringer LINKEN in Bernshausen (Wartburgkreis) beschädigt. Das Auto ist mit Portraits von Margit Jung und Dieter Hausold, beide sind Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, und dem Partei-Logo beklebt. Das Fahrzeug war vor Ort, da an diesem Wochenende der Parteitag der Linkspartei Thüringen in Leimbach stattfand.

Erst vor wenigen Wochen gab es ähnliche Attacken gegen die Autos von Steffen Harzer in Hildburghausen und Jörg Kubitzki (beide Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE) sowie Maik Nothnagel (bis Ende der 5. Legislatur Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE) in Steinbach/Hallenberg. In allen Fällen wurde Anzeige bei der Polizei erstattet.

Die Gemeinde Urnshausen, ein Ortsteil ist Bernshausen, gilt als eine Hochburg der NPD in Thüringen. Daher ist ein rechtsextremer Hintergrund des Anschlags naheliegend. Allerdings ist festzustellen, dass sich viele Bewohner des Ortes über den Vandalismus entsetzt zeigten und den betroffenen Parteitagsdelegierten sofort Hilfe und Unterstützung zukommen ließen.

Immer wieder werden Büros der Linkspartei und ihrer Abgeordneten attackiert. In der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2014 erfolgte ein Anschlag auf die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Weimar. Im Juli wurde – innerhalb von sieben Monaten zum zweiten Mal – das Wahlkreisbüro von Maik Nothnagel in Eisenach angegriffen und dabei die Scheiben beschädigt. Während des Landtagswahlkampfes war Katharina König, Mitglied der Linksfaktion, Ende August in Saalfeld massiv von Neonazis bedroht worden.

„Solche Anschläge sind kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Letztlich zeigen sie, welches Geistes Kind hinter denen steht, die sie verüben“, sagt zum aktuellen Vorfall Margit Jung, Landtagsabgeordnete mit Direktmandat aus Gera und kürzlich gewählte Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

„Diese Einschüchterungsversuche laufen ins Leere. Wir lassen uns nicht mundtot machen und im Engagement gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus einschränken. Solches Vorgehen zeigt, wie wichtig das Eintreten gegen den braunen Sumpf ist“, so Dieter Hausold, direkt gewählter Abgeordneter aus Gera.

AKTUELL Gewalt von Hooligans & Neonazis in Köln

Zu den gewalttätigen Ausschreitungen beim Aufmarsch von 3.000 bis 5.000 Hooligans und Neonazis in Köln erklärt Katharina König, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Es wäre fatal, die Geschehnisse als bloße Gewalttätigkeiten von Fußball-Anhängern einzuordnen. Die Proteste wurden von zahlreichen Neonazis unterstützt.“ Der Aufmarsch sei geprägt gewesen „von klar rassistisch und neonazistisch motivierten Bedrohungen, Parolen und körperlichen Übergriffen auf Menschen, die nicht in das hasserfüllte Weltbild der Teilnehmer passten.“

Dabei sollen auch Gruppierungen bzw. Personen aus Thüringen teilgenommen haben, darunter NPD-Funktionsträger aus Eisenach.

Während der Demonstration sind hundertfach Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ skandiert worden. Auch gab es Rufe wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Nationaler Sozialismus jetzt“ oder „Frei, sozial, national“. Bei der Demonstration und danach ist es zu vielen gewalttätigen Übergriffen auf vermeintlich linke Gegendemonstranten und Ausländer, aber auch auf Pressevertreter und Sicherheitskräfte gekommen, wobei 44 Polizisten verletzt worden sein sollen.

Unter den Teilnehmern des Demonstrationszuges „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) wurde auch der Thüringer NPD-Landesvorsitzende Patrick Wieschke erkannt. Er hatte auch auf Facebook seine Teilnahme bestätigt und im Kontext seiner Reise nach Köln

davon gesprochen, dass er den „Kontinent vor der islamischen Invasion verteidigen“ wolle. Auch andere Neonazis aus Thüringen stehen im Verdacht, am Aufzug teilgenommen zu haben, darunter ein 38-jähriger Eisenacher NPD-Stadtratskandidat, der seine Gaststätte in diesem Jahr für NPD-Treffen zur Verfügung stellte. „Nach der verpatzten Landtagswahl lässt die NPD nun scheinbar auch ihre letzten Hüllen vom Saubermann-Image fallen, da es nicht mehr viel zu verlieren gibt“, konstatiert König. Der Protest gegen Salafismus sei nur ein Vorwand.

Die Abgeordnete wird eine Kleine Anfrage u. a. nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über Anreisen aus der Thüringer Hooligan- und Neonazi-Szene und deren Mitwirken an den Ausschreitungen einreichen.